

erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese **Empfehlung angenommen**.

Ich rufe auf:

### **11 Wohnungslosigkeit überwinden – Housing First in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zum 2030-Ziel**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/8432

Die Debatte beginnt mit Marco Schmitz aus der Fraktion der CDU. Los geht's!

**Marco Schmitz** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohnungslosigkeit zu überwinden, ist ein Thema, welches mir als Sozialpolitiker sehr am Herzen liegt. Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht. Wohnungslosigkeit ist die schlimmste Form von Armut.

Der schwarz-grünen Koalition liegt dieses Anliegen besonders am Herzen. Es geht um mehr als die Bereitstellung von Unterkünften. Es geht um Menschenrechte und um die Grundlage für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Ein Zuhause zu haben, bedeutet Sicherheit und Stabilität – essenzielle Voraussetzung für ein würdevolles Leben.

Für uns als schwarz-grüne Koalition ist die Überwindung von Wohnungslosigkeit ein Thema mit hoher Priorität und daher fest in unserem Koalitionsvertrag verankert. Bis 2030 soll Wohnungslosigkeit in unserem Bundesland der Vergangenheit angehören. Dieses Ziel spiegelt sich nicht nur in unserem Engagement wider, sondern auch unseren Glauben an die Machbarkeit von grundlegenden sozialen Veränderungen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich möchte heute betonen, dass für uns als CDU die Sozialpolitik und die Sorge um die Schwächsten in unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Unsere Politik wird von der Überzeugung geleitet, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Zuhause hat. Dies ist ein fundamentales Prinzip, das unser Handeln bestimmt.

Mit dem Projekt „Endlich ein ZUHAUSE“, einer Landesinitiative gegen Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen, hat die Landesregierung ein Konzept erstellt, welches genau das zum Ziel hat. Erst im Juli letzten Jahres wurden die finanziellen Mittel um rund

1,66 Millionen Euro durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales aufgestockt. Die Initiative „Endlich ein ZUHAUSE“ steht exemplarisch für unsere Bemühungen. Sie ist eine konkrete Maßnahme, die bereits sichtbare Erfolge aufweisen kann.

Dennoch beobachten wir, dass der nach wie vor stark angespannte Wohnungsmarkt und der daraus resultierende Mangel an bezahlbarem Wohnraum die Wohnungs- und Obdachlosigkeit besonders in den Ballungsräumen verstärkt. Diese Armut zieht andere Härten nach sich: Probleme bei der Gesundheitsversorgung, Probleme bei der Ernährung, Probleme bei der Mobilität – um hier nur einige zu nennen.

Aber unsere Strategie geht weit über die Bereitstellung von Wohnraum hinaus. Wir verstehen, dass Wohnungs- und Obdachlosigkeit komplexe Ursachen haben, die tief in der Struktur unserer Gesellschaft verwurzelt sind. Armut, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, gesundheitliche Probleme und der Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt sind nur einige Faktoren, die wir in unserem Kampf berücksichtigen.

Damit wir unsere Erfolge weiter ausbauen können und unsere fest verankerten Ziele erreichen, ist es zum einen wichtig, die bereits vorhandenen Initiativen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und der nötigen Manpower auszustatten.

Zum anderen ist es aber genauso wichtig, dass wir unseren Blickwinkel ändern. Wohnen in einem normalen Mietverhältnis ist nicht das Ziel der Initiative „Housing First“, sondern der Ausgangspunkt. Er bietet Menschen ohne Umwege einen stabilen Wohnraum und damit die Chance auf ein neues Leben.

Unser Engagement endet jedoch nicht bei der Bereitstellung von Wohnraum. Wir sind uns bewusst, dass eine umfassende Unterstützung notwendig ist, um den Menschen nicht nur ein Dach über den Kopf zu geben, sondern ihnen auch den Weg zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu ebnet.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass der Kampf gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit auch ein Kampf gegen Vorurteile ist. Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung sind daher unerlässlich, um ein gesellschaftliches Bewusstsein zu schaffen, das von Empathie und Solidarität geprägt ist. Durch gezielte Aufklärung wollen wir die Stigmatisierung und Ausgrenzung von obdachlosen Menschen bekämpfen und die Vorbehalte der gewerblichen und privaten Vermieterinnen und Vermieter abbauen. Im Sinne der Betroffenen wollen wir für ein besseres Miteinander eintreten und die Bedingungen für bezahlbaren und fairen Wohnraum verbessern.

Die CDU versteht sich als Partei, die Verantwortung übernimmt – nicht nur in wirtschaftlichen und politischen Fragen, sondern auch und gerade dann, wenn es um die sozialen Dimensionen unseres Zusam-

menlebens geht. Wir sind stolz auf das, was wir bisher erreicht haben, und gleichzeitig motiviert, unseren Weg konsequent fortzusetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Kollegin Jule Wenzel das Wort. Bitte sehr.

**Jule Wenzel\*** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist für fast 80.000 Menschen in unserem Bundesland eine Realität – eine Realität, die beginnt, sobald man zwei Mietzahlungen versäumt hat und dann die eigene Wohnung verliert.

Was folgt, ist oft eine Odyssee: von der Couch von Freunden oder Verwandten zu Nächten in der S-Bahn bis zum Leben auf der Straße.

Stellen Sie sich vor, Sie wüssten nicht, wo Sie heute Nacht sicher schlafen können, wo und wann eine nächste Mahlzeit verfügbar ist und ob Sie in den nächsten Tagen die Möglichkeit haben, zu duschen. Ich bin mir sicher: Nur wenige von uns können die emotionale Belastung dieser Lebensrealität nachempfinden.

Wohnungs- und obdachlose Menschen leben mit uns zusammen und sind doch oft an den Rand gedrängt. Das sollte uns jeden Tag bewusst sein, nicht nur, wenn es klirrend kalt ist und wir uns beim Vorbeigehen fragen, ob bei Minustemperaturen Schlafsäcke oder die Nummern von Kältebussen aus Social-Media-Posts ausreichen.

In Nordrhein-Westfalen ist das Grundrecht auf Wohnen bei diesen fast 80.000 Menschen noch nicht erfüllt. Doch Wohnen ist nicht nur ein Grundbedürfnis; es ist ein Menschenrecht. Wohnen ist essenziell für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Wohnungslosigkeit ist kein individuelles Versagen.

Es ist unsere aller Aufgabe, Wohnungslosigkeit zu verhindern und aufzufangen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Als Grüne finden wir uns mit Wohnungslosigkeit nicht ab. Würde und Teilhabe in unserer Gesellschaft für alle Menschen – das muss das Minimum sein.

Wir haben uns deshalb gemeinsam mit der CDU in Nordrhein-Westfalen zum europäischen Ziel, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden, bekannt. Das ist ein sehr anspruchsvolles Ziel, für das man erstens viel Zwangsoptimismus und zweitens viele verschiedene Instrumente braucht, um die Betroffenen in ihren unterschiedlichen Hilfsbedarfen angemessen zu unterstützen.

Neben den vielen erfolgreichen Vermittlungen durch „Endlich ein ZUHAUSE“ wollen wir unsere Anstrengungen nun fortsetzen. Ein Baustein dafür ist „Housing First“. Der Ansatz ist fast selbsterklärend: Menschen, die auf der Straße leben, brauchen erst einmal eine Wohnung, um sich dort in Ruhe überhaupt um die anderen Problemlagen kümmern zu können.

Dabei erhalten sie einen eigenen unbefristeten Mietvertrag und haben Anspruch auf Hilfsangebote, und zwar auf die individuelle Hilfe, die sie brauchen und wollen, und auch, wann sie sie brauchen und wollen. Diese Selbstbestimmung führt zu Vertrauen und hohen Erfolgsquoten. Gerade deshalb ist „Housing First“ ein besonders geeigneter Ansatz für wohnungs- und obdachlose Menschen mit mehrfachen Problemlagen.

In vielen Städten in NRW funktioniert „Housing First“ bereits. Viele kleine und große Leuchttürme berichten von ihren Erfolgsgeschichten – von Menschen, die nach 22 Jahren auf der Straße endlich wieder in Selbstbestimmung und Sicherheit leben.

Diese Projekte und Initiativen gibt es. Aber es gibt ein überregionales Austauschdefizit. Wir müssen die Expertise in diesem Land bündeln. Gemeinsam wollen wir den „Housing First“-Ansatz landesweit umsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dafür fordern wir in unserem Antrag einen landesweiten Austausch relevanter Akteure im Bereich der Wohnungslosenhilfe – auch darüber, wie eine wirksame Anschubfinanzierung aussehen kann, die die bestehenden Angebote der Landschaftsverbände ergänzt.

Wir wollen mit dem Antrag außerdem bei den Landschaftsverbänden dafür werben, dass Fachstunden und Hilfeleistungen flexibel und individuell abgerechnet werden können.

Das bestehende Curriculum zur Sozialen Arbeit ist eine gute Grundlage, die Interessierten verstärkt zugänglich gemacht werden sollte.

Ich möchte abschließend noch auf einen Aspekt eingehen, der auch in den Veranstaltungen, die wir dazu durchgeführt haben, immer wieder Thema war. Ich werde oft gefragt: Wie soll „Housing First“ ohne Housing funktionieren? – Die Antwort umfasst mehrere Aspekte.

Wir müssen als Land die erfolgreichen Wohnungsbauprojekte weiterführen. Vor allen Dingen müssen wir Kooperationen mit öffentlichen Wohnungsgebern und privaten Vermieter\*innen ausbauen. Das lohnt sich auch für Kommunen, die sonst viel Geld in die ordnungsrechtliche Unterbringung investieren müssen, statt weiteren Wohnraum zu schaffen.

Daher fordern wir, auch die Verbände der Wohnungswirtschaft einzubeziehen, damit wir landesweit

von Kooperationen profitieren können, wie sie in vielen Städten bereits erfolgreich umgesetzt wurden.

Es geht nicht nur um Wohnraum. Es geht um Menschenwürde, Teilhabe und das Zusammenleben in unserem Bundesland. „Housing First“ ist ein Dach über dem Kopf, Selbstbestimmung, Sicherheit und Befähigung. Lassen Sie uns gemeinsam sicherstellen, dass das Recht auf Wohnen, das Recht auf ein Zuhause für jeden Einzelnen in unserem Land Wirklichkeit wird und möglichst viele Menschen in NRW von diesem Ansatz profitieren können.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun Kollegin Kapteinat das Wort. Bitte sehr.

**Lisa-Kristin Kapteinat<sup>1)</sup>** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst gerne etwas betonen, was nicht ständig hier im Haus der Fall ist: Wir haben eine große Einigkeit zwischen Bund, Land, sogar der Europäischen Union und auch den allermeisten Fraktionen in diesem Haus. Wir möchten nicht, dass Menschen auf der Straße leben müssen. Wir möchten, dass jeder Mann, jede Frau, jedes Kind in diesem Land ein Dach über dem Kopf hat und in Sicherheit schlafen kann.

Darüber hinaus haben alle Ebenen – die Kollegin Wenzel hat es gerade schon angesprochen –, nämlich Land, Bund und die Europäische Union, vereinbart, bis 2030 die Wohnungslosigkeit zu besiegen. Das ist ein hochgestecktes Ziel, das nichtsdestotrotz absolut erstrebenswert ist. Dementsprechend gehören auch Kräfte eingesetzt, um es zu verfolgen.

Der Bund hat buchstäblich vorgelegt. Am 29. Februar gab es den Referentenentwurf für den Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. Bis zum 25. März können jetzt Länder und Verbände ihre Stellungnahme einreichen. Der Aktionsplan soll dann bereits Ende April im Bundeskabinett beschlossen werden.

Damit hätten wir erstmals einen bundesweiten ebenenübergreifenden und interdisziplinären Handlungsleitfaden gegen Wohnungslosigkeit. Ich finde, das ist schon ein erster Erfolg und ein richtiger Schritt auf dem Weg dorthin.

(Beifall von der SPD)

Der erste Wohnungslosenbericht des Bundes, den Klara Geywitz im Dezember 2022 vorgelegt hat, enthält nicht nur wichtige statistische Erfassungen, sondern zeigt insbesondere die Handlungsfelder auf, in denen wir tätig werden müssen: erstens die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum,

zweitens das Hilfesystem aufbauen und drittens Prävention gegen den Verlust der Wohnung.

Klara Geywitz hat damit das Thema im Bund früh zur Priorität gemacht.

Der Antrag der regierungstragenden Fraktionen, den wir heute diskutieren, erweckt zunächst den Anschein, dass die Landesregierung auf den Zug des aktiven Handelns aufspringt – bis man auf Seite 4 den kleinen, aber leider ziemlich entscheidenden Satz liest:

„Der Landtag beauftragt die Landesregierung aus vorhandenen Mitteln, [...]“

Dann folgt eine Aufzählung schwammiger Forderungen, denen wir in fast allen Fällen zustimmen können, die aber dann doch nicht so richtig ambitioniert sind. Das ist einfach schade.

Interessant finde ich die Argumentation, mit der erklärt werden soll, warum dieser Antrag so zielgruppenspezifisch ist, was schon relativ spannend ist. Denn im letzten Plenum, als wir als SPD den Antrag „Diskriminierung von Alleinerziehenden und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt entschieden bekämpfen“ eingebracht haben, wurde mir von Vertretern der Regierungskoalition vorgehalten, man dürfe sich nicht einzelnen Personengruppen auf dem Wohnungsmarkt widmen, sondern müsse doch grundsätzlich alle berücksichtigen.

(Beifall von der SPD)

Es ist schon ein bisschen schräg, einen Monat später mit einem solchen Antrag um die Ecke zu kommen und das damit zu begründen, dass die Fallzahlen so niedrig sind, während Sie gleichzeitig sagen: Auch für die wenigen Menschen haben wir kein Geld. – Schwierig!

Wenn die Fallzahlen so gering sind, warum sagt man das nicht? Die Kollegin Wenzel hat gerade sehr überzeugend deutlich gemacht, dass es sich um ein Thema handelt, bei dem man den Menschen helfen muss und bei dem es Unterstützung bedarf. Warum stellt man dafür nicht eigene Mittel zur Verfügung?

Als letzte Forderung kommt wieder der klassische Ruf nach Berlin: Der Bund muss tätig werden, um Maßnahmen im Bereich der Prävention zu verbessern. – Genau das macht der Bund bereits. Daher herzlichen Dank Richtung Berlin.

Der „Housing First“-Ansatz kann eine Ergänzung existierender Angebote gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit sein. Klar ist aber auch: Für sich genommen und allein ist er nicht die Patentlösung. Nicht überall, wo „Housing First“ draufsteht, ist auch „Housing First“ drin. Hier muss man genau hinschauen. Das Label passt nämlich nur dann, wenn es wirklich um die bedingungslose Bereitstellung von Wohnraum geht.

Daneben – ich sagte ja: das ist nicht die Patentlösung – ist es auch wichtig, flankierende tagesstrukturierende Maßnahmen auf den Weg zu bringen, um dafür zu sorgen, dass Menschen perspektivisch dauerhaft in ihrer Wohnung bleiben können.

Ein weiteres wichtiges Instrument, das dazugehört, ist der Soziale Arbeitsmarkt.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister Laumann, Sie kürzen gerade ganz maßgeblich an diesem System, das bisher toll funktioniert hat. Auch hier führt Ihre Ambitionslosigkeit leider dazu, dass am Ende alles an den Kommunen, dem Bund oder den sozialen Trägern hängen bleibt.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das ist doch Quatsch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Ziel, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden, sind wir uns einig. In der Umsetzung haben wir hier in NRW aber noch einiges zu tun.

Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. Ich freue mich auf die Debatte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Kollegin Susi Schneider das Wort. Bitte sehr.

**Susanne Schneider** (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Verlust des eigenen Wohnraums ist wahrscheinlich einer der härtesten Einschnitte im Leben, den man erleiden kann. Der private Schutzraum und das vertraute soziale Umfeld gehen verloren. Es ist ein Schicksal, das wohl kein Mensch erleben möchte.

Ein menschenwürdiges Leben ist ohne Wohnung definitiv nicht möglich. Wer mit der Straßenbahn zum Landtag kommt und von der Haltestelle zum Parlamentsgebäude läuft, wird daran immer wieder erinnert, wenn er die Wohnungslosen sieht, die unter der Rheinbrücke zelten.

Jeder von uns könnte betroffen sein; denn niemand ist vor einem Schicksalsschlag gefeit, der einen so aus der Bahn wirft, dass man erst seine Mietschulden nicht mehr bezahlen kann und dann seine Wohnung verliert.

Laut der aktuellen NRW-Wohnungslosenstatistik gibt es in unserem Land rund 78.000 Menschen ohne eigene Wohnung. Das ist eine eigentlich unvorstellbare Zahl.

Die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit war daher auch ein zentrales Handlungsfeld der vorherigen Landesregierung von FDP und CDU. Der Minister wird gleich wieder sagen: Wir

haben. – Ja, wir haben: FDP und CDU haben diese Mittel deutlich erhöht, und zwar von 1 Million Euro auf über 8 Millionen Euro.

Mit diesen Mitteln konnte die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE“ starten, die auch über die Vermittlung von Wohnraum hinaus Unterstützung bietet, zum Beispiel mit Angeboten zur Suchtberatung.

Das zentrale Element der Landesinitiative sind die sogenannten Kümmerer-Projekte. Diese Projekte verbinden die Fachkenntnisse und die unterschiedlichen Perspektiven aus der Sozialarbeit und von Immobilienkaufleuten bei der Betreuung von wohnungslosen Menschen. Ergänzt wurde dies durch zielgruppenorientierte Modellprojekte für wohnungslose Frauen und Familien sowie Jugendliche und junge Erwachsene.

Wenn Schwarz-Grün diese Politik nun fortsetzt, können wir das nur begrüßen. Auch die Fortentwicklung und Stärkung des „Housing First“-Ansatzes findet unsere Zustimmung.

„Housing First“ stellt für bestimmte Zielgruppen eine sinnvolle Ergänzung der vorhandenen Hilfen dar. Der Ansatz vermittelt wohnungs- und obdachlose Menschen mit vielfachen Vermittlungshindernissen ohne Vorbedingungen wie zum Beispiel Therapie oder Abstinenz in normalen, individuellen Wohnraum mit regulären Mietverhältnissen, unterstützt durch begleitende Hilfen.

Wichtig ist dabei die Einbindung der Wohnungswirtschaft und auch privater Vermieter. Ein staatlicher Aufkauf von Wohnungen wäre hingegen aus unserer Sicht kein sinnvolles Instrument.

(Beifall von der FDP)

Bei der Begleitung und Betreuung der Betroffenen sollten neben den Verbänden der Wohlfahrtspflege, die im Antrag vorrangig genannt werden, auch andere Träger berücksichtigt werden. Die soziale Begleitung erfordert zwar sicherlich einen zusätzlichen finanziellen Aufwand, der sich jedoch mittel- bzw. langfristig durch geringere Folgekosten amortisiert.

Wie erfolgreich der „Housing First“-Ansatz sein kann, zeigen sowohl die Erfahrungen in anderen Ländern wie Finnland und den USA als auch die ersten Initiativen in Deutschland. So hat Housing First Düsseldorf im Januar bereits zum 50. Mal eine Wohnung an einen Wohnungslosen vermittelt. Der Betroffene sah in der erfolgreichen Vermittlung seine letzte Chance.

Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass noch mehr Menschen endlich wieder eine eigene Wohnung und eine solche Chance bekommen!

Ich danke der Ampel in Berlin, die ja, wie wir von der Vorrednerin gehört haben, hier bereits geliefert hat,

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das sehe ich aber nicht so!)

und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Für die Fraktion der AfD hat nun Dr. Vincentz das Wort.

**Dr. Martin Vincentz<sup>\*)</sup>** (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Beim Studium des Antrags kam mir ein Zitat des norwegischen Schriftstellers Jostein Gaarder in den Kopf, der gesagt haben soll:

„Wenn das Gehirn des Menschen so einfach wäre, dass wir es verstehen könnten, dann wären wir so dumm, dass wir es doch nicht verstehen würden.“

Ein Stück weit ist es auch mit diesem Antrag so: Wäre das Problem der Obdachlosigkeit so einfach zu lösen, dass ein solcher Antrag der Regierungskoalition tatsächlich die Lösung wäre, dann gäbe es schon längst keine Obdachlosigkeit mehr.

Tatsache ist aber: Das Problem ist viel komplexer. Das gilt nicht nur aufgrund der Voraussetzungen, weswegen die Menschen obdachlos sind, sondern auch aufgrund der Population der Obdachlosen an sich. Es gibt ganz unterschiedliche Gründe, warum jemand auf der Straße landet. Das können Traumata, persönliche Niederlagen oder einfach nur Pech sein. Viel zu oft sind es psychische Erkrankungen und deren schlechte Behandlung. Es ist häufig Sucht und geht bis hin zu kauzigen Typen, die kaum an ein Leben in einer normalen Wohnung zu gewöhnen sind.

Dieser Antrag macht es sich daher sehr leicht, wenn er das Problem nicht in seiner Komplexität sieht. So zeigt sich dann in der Realität, dass die Zahl der Obdachlosen jedes Jahr stetig immer weiter steigt.

Mittlerweile rügt sogar der Europarat die Bundesrepublik Deutschland für ihren Umgang mit Obdachlosigkeit. Man kann noch so oft die Ampel oder die Regierung hier in Nordrhein-Westfalen loben: International sieht man das offensichtlich ein bisschen anders.

Das Ziel, sich bis 2030 gänzlich von Obdachlosigkeit entfernt zu haben und allen Menschen ein Obdach zu gewähren – was für eine reiche Industrienation eigentlich sinnvoll und notwendig wäre –, liegt so weit in der Ferne, dass es mit diesem Antrag überhaupt nicht zu erreichen ist.

Nichtsdestotrotz ist es gut, wenn wir darüber sprechen, und wenn wir weiter darüber sprechen, ist es noch besser. Tatsache ist aber: Wenn Sie auch in

diesem Antrag wieder „Housing First“ fordern, dann steht davor „House First“, und damit sind wir fast bei einem baupolitischen Thema. Denn bevor Sie eine Wohnung vergeben können, muss es erst einmal günstigen Wohnraum geben. Das wäre der Anfang und die Grundbedingung dafür, Obdachlosigkeit tatsächlich wirkungsvoll bekämpfen zu können.

Sind die Wohnungsmärkte verknappt und in Großstädten sogar maximal verknappt, ist Wohnraum extrem teuer. Städte werden sich also kaum günstigen Wohnraum leisten können. Obdachlose sind allerdings, ehrlich gesagt, auf dem freien Mietmarkt nicht die Klientel, der sich jemand, der seine Wohnung frei vermietet, vornehmlich zuwendet.

Wenn Sie dieses Problem tatsächlich vernünftig lösen wollen, müssen Sie daher zunächst einmal das Problem der Wohnraumknappheit in der Bundesrepublik Deutschland bzw. zumindest hier in Nordrhein-Westfalen lösen, vor allen Dingen in den großen Ballungsräumen.

Noch vor Kurzem, als die Temperaturen niedrig waren, hatten wir sogar wieder einige Erfrierungen in unseren Großstädten zu verzeichnen. Auch das ist ein Zustand, der in einem immer noch wohlhabenden Land schlechterdings nicht hinnehmbar ist. Es lässt einen schlicht erschauern, was da tatsächlich auf unseren Straßen passiert.

Der Kampf gegen Obdachlosigkeit wird nicht so einfach zu gewinnen sein, wie es der Antrag skizziert und Sie weismachen wollen. Wir sind da auf überhaupt keinem guten Weg. Ganz im Gegenteil! Die Zahl der Obdachlosen nimmt zu.

Jetzt sind dringend mutige Schritte gefordert, um das Problem wirkungsvoll und vernünftig angehen zu können. Das fordert nicht nur die AfD, sondern mittlerweile sogar der Europarat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat nun Minister Karl-Josef Laumann das Wort.

**Karl-Josef Laumann,** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will heute in diese Debatte ganz bewusst mit etwas einsteigen, was ich, meine ich, schon einmal gesagt habe.

Ich tue mich mit den Zahlen über wohnungslose Menschen, die wir in diesen Debatten immer gebrauchen, etwas schwer. Denn wenn wir sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen 80.000 wohnungslose Menschen haben, dann ist diese Zahl statistisch so, wie wir sie erheben, richtig, weil darin alle Menschen enthalten sind, die keinen eigenen Mietvertrag haben und deshalb als wohnungslos bezeichnet werden.

Trotzdem können sie ein Dach über dem Kopf und eine Wohnung haben.

Man sollte, wenn wir über die Zahl 80.000 reden, auch nicht vergessen, dass allein 30.000 Menschen darunterfallen, die aus der Ukraine vor dem bösen Krieg von Herrn Putin zu uns geflüchtet sind und jetzt in solchen Wohnungen leben.

Im Volksmund, in dem man die Differenzierung zwischen „wohnungslos“ und „obdachlos“ nicht so sehr auseinanderhält, kommt es schnell so rüber, dass in Nordrhein-Westfalen 80.000 Menschen wohnungs- und obdachlos sind. Das ist natürlich bei Weitem nicht der Fall. Ich finde, deswegen muss man das wirklich etwas differenzierter sehen. Die harte Wohnungslosigkeit – also Menschen, die heute Abend nicht wissen, wo sie sicher schlafen können – betrifft 5.300 Menschen.

Wir haben diese Zahlen früher gar nicht gehabt. Ich selbst habe dafür gesorgt, dass die Wohnungslosenstatistik in diesen Fragen mal etwas genauer wird.

Natürlich darf es in einem Land wie Nordrhein-Westfalen nicht so sein, dass heute Abend immerhin so viele Menschen, dass sie eine vernünftige Münsterländer Dorfgemeinschaft bilden könnten, ohne einen Schlafplatz, wie wir ihn menschenwürdig finden würden, auskommen müssen. Das darf uns keine Ruhe lassen.

Wir als Landesregierung reagieren seit Jahren darauf. Wenn hier gesagt wird, dass NRW kein Geld in die Hand nimmt, will ich nur sagen: Wir nehmen mittlerweile Jahr für Jahr 16,5 Millionen Euro in die Hand, um dieses Problem auch mit Geld zu bekämpfen. Wir haben es ohne Frage mit den „Kümmerer“-Projekten und auch in Zusammenarbeit mit der Wohnungswirtschaft geschafft, etwa 10.000 Menschen in eine richtige Wohnung zu bringen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Darunter sind natürlich auch viele, die ohne Mietvertrag in diesen Wohnungen waren. Sie waren also, wenn ich das so sagen darf, kommunal untergebracht.

Wir haben in den Koalitionsverhandlungen über Housing-First-Überlegungen geredet, und ich bin froh, dass wir glauben, dass man damit ein Instrument hat, um auch an den härteren Teil der Wohnungslosigkeit heranzukommen, bei dem man vielleicht ganz andere Konzepte braucht, um diese Menschen in eine Wohnung zu kriegen. Wir werden das sehr konsequent anpacken und versuchen, dass dafür Wohnraum geschaffen wird.

Wir haben schon länger eine Förderung dafür, zum Beispiel über die Stiftung Wohlfahrtspflege. Dafür bin ich sehr dankbar. Am Ende braucht es auch Träger, die überhaupt bereit sind, solche Projekte zu bauen oder bestehende Gebäude umzunutzen, um

Wohnraum für diese Menschen zu schaffen. Es geht nicht ohne eine Träger- und Betreuungsstruktur.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in vielen Regionen Nordrhein-Westfalens Menschen haben, die sich beruflich – als „Kümmerer“ oder in anderen Funktionen in der Sozialarbeit – oder in den sehr vielen ehrenamtlichen Strukturen um diese Menschen kümmern. Es ist, wie ich finde, ein Zeichen großer Menschlichkeit, dass es auch Leuten in der Bevölkerung keine Ruhe lässt, dass es so ist. Ich bin sehr dankbar für diese Strukturen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir als Landesregierung werden das in Nordrhein-Westfalen mit aller Kraft unterstützen.

Wenn hier gesagt wird, der Bund sei bei dem Thema ganz vorne, kann ich nur sagen: Ich freue mich, wenn der Bund jetzt nach vorne kommt. Am Josefstag, dem 19. März, hat auf jeden Fall der Europarat Deutschland noch einmal sehr deutlich kritisiert, was diese politische Frage angeht. Ich habe noch nicht gemerkt, dass dazu aus Berlin irgendetwas an Ideen und Vorschlägen gekommen wäre, die wirklich an der Basis ankommen. Wenn es jetzt kommt, wäre es ja gut. Das würde mich freuen.

Ich kann nur sagen, dass in der Szene der Menschen, die sich in Deutschland um dieses Thema kümmern, Nordrhein-Westfalen relativ weit vorne ist. Weder ich als Minister noch meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Referat, das sich um dieses Thema kümmert, können sich republikweit vor Einladungen retten, da man vom nordrhein-westfälischen Modell lernen will.

Ich will es noch einmal sagen: Als ich 2017 wiederkam – das ist lange her –, standen 1 Million Euro dafür im Haushalt. Jetzt sind es 16,5 Millionen Euro. So ganz schlecht ist die Bilanz dann ja wohl nicht, auch nicht auf der Geldseite. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Christof Rasche:** Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/8432 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP und AfD. Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall. Enthält sich jemand? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**